

Erklärungen des Antragstellers

1. ANTRAGSTELLER

Name/Firma (ggf. lt. Handelsregister)

Projektbezeichnung

2. ERKLÄRUNGEN

- a) Die Richtlinie zur Förderung der Qualifizierung von Beschäftigten mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds und die sich daraus im Falle der Bewilligung für mich/uns ergebenden Verpflichtungen, insbesondere aus den Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P), sind mir/uns bekannt. Ich/Wir erkenne(n) diese an. Mir/Uns ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung nicht besteht.
- b) Das Antrag stellende Unternehmen ist kein Unternehmen mit mehrheitlich öffentlicher Beteiligung (Ziffer 3.1 b der Richtlinie). Die öffentliche Hand hält Geschäftsanteile am Unternehmen:
ja zu % nein
- c) Das Antrag stellende Unternehmen hat für den Fall, dass eine Rückforderungsanordnung aufgrund einer früheren Entscheidung der EU-Kommission zur Feststellung der Rechtswidrigkeit und Unvereinbarkeit einer Beihilfe mit dem Gemeinsamen Markt bestanden hat, Folge geleistet (Ziffer 3.1 a der Richtlinie).
- d) Die an der/den geförderten Qualifizierungsmaßnahme(n) teilnehmenden eigenen Beschäftigten einschließlich des Unternehmers als Person, für die eine Zuwendung beantragt wird, haben ihren Wohnsitz in Sachsen-Anhalt oder in Ziel-1-Fördergebieten oder sie werden ihren Wohnsitz bis zum Ende der Projektlaufzeit nach Sachsen-Anhalt verlegen (Ziffer 3.1 der Richtlinie) und sind unbefristet im Unternehmen beschäftigt oder erhalten bis zum Ende des Projektzeitraums einen unbefristeten Arbeitsvertrag (Ziffer 2.1.2 a der Richtlinie).
- e) Das Antrag stellende Unternehmen ist ausbildungsberechtigt:
ja Innerhalb der letzten 3 Jahre wurden im Unternehmen Ausbildungsverhältnisse (betriebliche Erstausbildung) begründet bzw. beendet (Ziffer 3.1.1 der Richtlinie).
nein
- f) Das Unternehmen hat Finanzmittel im Rahmen einer Risikokapitalmaßnahme im Sinne von Artikel 29 der Verordnung (EG) Nr. 800/2008 der Kommission vom 06.08.2008 erhalten und in den ersten 3 Jahren nach der ersten Risikokapitalinvestition eine Ausbildungsbeihilfe beantragt (Ziffer 4.3.5 der Richtlinie).
ja nein
- g) Das Antrag stellende Unternehmen entbindet die Finanzbehörden von der Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses (§ 30 Abgabenordnung) gegenüber der Investitionsbank Sachsen-Anhalt bzw. der mit der Prüfung beauftragten Förderservice GmbH der Investitionsbank Sachsen-Anhalt.
- h) Bei der zur Förderung beantragten Qualifizierung handelt es sich nicht um eine wiederholte berufliche Qualifizierung, welche durch Vorschriften der Europäischen Union, des Bundes oder des Landes vorgeschrieben ist (Richtlinie 2.1.4).

UNTERSCHRIFT(EN) DES KUNDEN

Mir/Uns ist bekannt, dass die Angaben und Erklärungen zu den Ziffern b) bis g) und i) dieser Anlage subventionserheblich im Sinne des § 264 StGB sind und dass ein Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist. Ich verpflichte mich/Wir verpflichten uns, Ihnen Änderungen der vorgenannten Angaben unverzüglich zu übermitteln, sobald mir/uns diese bekannt werden.

Ort, Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift(en) des Kunden (ggf. Stempel)

Name(n) des/der Unterzeichnenden (bitte in Druckbuchstaben)